

Wirtschaft und Politik

Druck auf den Minister wächst

Neue Dokumente über den Einsatz von Spezialtruppen erhöhen die Notwendigkeit zur Aufklärung durch den Verteidigungsminister.

Rüdiger Scheidges Berlin Angesichts immer neuer Einzelheiten über das Bombardement von zwei Lastzügen in Afghanistan verlangt die Opposition von Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) eine deutlichere Aufklärung. Anlass ist ein "Bild"-Bericht, wonach die Bundeswehr-Eliteeinheit KSK maßgeblich an der Vorbereitung des Luftangriffs von Anfang September beteiligt war.

SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles sagte, es sei an der Zeit, eine endgültige Erklärung über Opfer und Motive des Luftangriffs zu liefern. Auch der Grünen-Abgeordnete Omid Nouripour drängt auf Aufklärung: "Es ist höchste Zeit zu erfahren, was es noch an Berichten und sonstigen Materialien im Verteidigungsministerium gibt."

Nach Angaben der Nato waren bei dem Angriff bis zu 142 Menschen getötet und verletzt worden - darunter viele Zivilisten. Zu Guttenberg hatte den Angriff in einer ersten Bewertung am 6. November als "militärisch angemessen" bezeichnet, diese Einschätzung aber später revidiert und erklärt, der Angriff sei "militärisch nicht angemessen" gewesen. Er begründete die Kehrtwende mit plötzlich aufgetauchten Berichten der Bundeswehr, die er nicht gekannt habe.

Als Shooting Star der deutschen Politik einst viel geneidet, sieht sich der 38-Jährige mangelnder Loyalität im Verteidigungsministerium und wachsender Kritik in der Öffentlichkeit ausgesetzt. Die jüngste "Durchstecherei", wie das Ministerium den Bericht der "Bild"-Zeitung zum Einsatz der KSK-Sondereinheit in Kundus einstuft, trifft deshalb auf harte Worte. "Alles Quatsch!" schallt es im Ministerium. Laut "Bild" wurde der Einsatz aus dem Kommandostand einer geheimen Task-Force (TF47) geführt, die zur Hälfte aus Elitesoldaten des Kommandos Spezialkräfte (KSK) besteht. Von fünf Offizieren und Unteroffizieren dieser Task-Force soll Kommandeur Oberst Klein vor seinem Befehl beraten worden sein. Der entsprechende Bericht sei den Nato-Ermittlern aber vorenthalten worden.

Ministerium tut Vorwürfe als "Quatsch" ab "Alles Quatsch. An diesem Abend wurde Oberst Klein in die Leitstelle geholt. Er war der Höchststrangige im Raum. Von der KSK war nur ein Feldwebel als Protokollant dort. Es gibt bis heute keinen Hinweis, dass dies eine KSK-Aktion war oder ein KSK-Mitglied das Kommando hatte." So erklärt ein Experte für Bundeswehreinätze den "wahren" Ablauf der für 142 Menschen tragischen Nacht des 4. Septembers. "Es gibt auch keine Hinweise, dass Spezialkräfte an dem Abend außerhalb des Camps unterwegs waren." Das Ministerium nimmt dazu nicht Stellung.

Diese Details wären Marginalien aus der Geheimwelt der Kriegseinsätze, wäre Klein nicht beschuldigt worden, eigenmächtig und ohne ausreichende Spähkräfte den tödlichen Befehl erteilt zu haben. Aber strafrechtlich - und völkerrechtlich - ist dies von Belang. "Der Bericht über den Einsatz entlastet Klein, denn die Task-Force hat die Lage vorschriftsmäßig erkundet", urteilt der Bundeswehrverband, stützt sich aber auf den Zeitungsartikel. Der bleibt just in diesem entscheidenden Punkt jedoch unklar. Zu Guttenberg hatte den Einsatzbericht am 6. November an die Obleute des Verteidigungsausschusses geleitet.

Tag für Tag muss zu Guttenberg nun Stellung beziehen. Donnerstagnachmittag noch rechtfertigte er seinen Umfaller in der Beurteilung des Angriffs vor murrenden Soldaten in Köln. Zwei Stunden zuvor musste sein Ministerium Berichten über eine weitere "Erklärungsnot" zu Guttenbergs widersprechen.

Ein zu Guttenberg am 6. November übermittelter Bericht des Internationalen Roten Kreuzes (ICRC) erklärt den Angriff - im Gegensatz zu Nato-Untersuchungen - als "nicht im Einklang mit dem Völkerrecht" und listet zudem die Namen von 74 getöteten Zivilisten auf. Dennoch hatte zu Guttenberg den Angriff im Wissen um diese Aussagen als "angemessen" bewertet, aber erstmals auch erklärt, dass es "zivile Opfer gab", die er bedauere. Nach eigenen Angaben sammelt das ICRC nur "Behauptungen und Hinweise", ohne diese zu überprüfen.

Bleibt die damalige Diskrepanz zwischen zu Guttenbergs "Bedauern" über die toten Zivilisten und der "Angemessenheit" des Angriffsbefehls selbst. Das Ministerium sagte dazu gestern: "Die Beratung über die ‚Angemessenheit‘ des Angriffs war eindeutig falsch."

Scheidges, Rüdiger